

Wer nicht Mitglied der Pflegekammer wird, soll Strafe zahlen

In Rheinland-Pfalz drohen 5000 Helfern Bußgeld und Zwangsvollstreckung - Gewerkschaft kritisiert Vorstandsentschädigungen

5000 Pfleger im Land müssen mit Bußgeld rechnen, weil sie nicht freiwillig Mitglied in der neu gegründeten Pflegekammer werden. Laut Kammer sind per Gesetz alle in dem Bereich Tätigen verpflichtet, sich anzumelden.

Mainz/Trier. Wer in Rheinland-Pfalz in der Pflege arbeitet, der muss Mitglied der in diesem Jahr auf Initiative der Landesregierung gegründeten Pflegekammer werden. Je nach Einkommen müssen zwischen 30 und 300 Euro Mitgliedsbeitrag pro Jahr bezahlt werden.

Doch genau gegen diese Zwangsmemberschaft regt sich nun heftiger Widerstand. Knapp über 35 000 Mitglieder hat die

Pflegekammer derzeit. Rund 40 000 Menschen im Land sind in der Pflege beschäftigt. Das bedeutet, dass sich gut 5000 Pfleger noch nicht bei der Kammer haben registrieren lassen.

Diesen Kammerverweigerern drohen nun Ordnungsgelder. Wer sich bis 15. Juni nicht angemeldet hat, soll 120 Euro zahlen, teilt die Kammer mit. Für alle, die später immer noch kein Mitglied sind, werden 240 Euro fällig, die zwangseingetrieben werden können.

„Statt die Arbeits- und Einkommenssituation in der Pflege nachhaltig aufzuwerten, bittet die Pflegekammer mit ihren Zwangsbeiträgen die Beschäftigten zur Kasse“, kritisiert die Trierer

Linken-Bundestagsabgeordnete Katrin Werner. Solche Pflichtmitgliedschaften gibt es auch in anderen Kammern, etwa für Ärzte oder Architekten, für Handwerksbetriebe oder Dienstleistungsunternehmen. Vor allem gegen die Zwangsmemberschaft in der Industrie- und Handelskammer (IHK) hat es in der Region Trier vereinzelt Widerstand gegeben.

Im Fall der Pflegekammer spricht die Gewerkschaft Verdi von einem „fragwürdigen Vorgehen“, für nichtregistrierte Mitglieder Bußgeld zu verhängen und ihnen mit Zwangsvollstreckung zu drohen. Zumal die Vorstandsmitglieder zunächst einmal eine „großzügige Entschädi-



Helfen und bestraft werden? Pfleger ärgern sich über die Zwangsmemberschaft in der Kammer. FOTO: DPA

gung“ für sich festgelegt hätten, ärgert sich Verdi-Funktionär

Frank Hutmacher. Laut der Aufwands- und Entschädigungsordnung der Kammer erhält der Präsident Markus Mai, der im Hauptberuf stellvertretender Pflegedirektor im Trierer Brücknerkrankenhaus ist, monatlich 1450 Euro für seine Arbeit in dem Gremium. Seine Stellvertreterin bekommt 1250 Euro, und die sieben weiteren Vorstandsmitglieder erhalten zwischen 375 und 1000 Euro pro Monat.

Mai verteidigt das Ordnungsgeld. Es bestehe per Gesetz eine Meldepflicht für alle in der Pflege tätigen Menschen im Land. „Die Pflegekammer ist verpflichtet, ihre Mitglieder zu registrieren“, sagt Mai.

THEMEN DES TAGES SEITE 3